

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

21. Woche für die Zeit vom 18. bis 24. Mai 1895.

Posen, 27. Mai 1895.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 116 des Oredownik
vom 21. Mai 1895:

Der Oredownik schließt an den Bericht über die antisemitischen Wählerversammlungen im Wahlkreise Bomst-Meseritz die Warnung, daß kein Pole einem Antisemiten seine Stimme geben solle. Letztere möchten die Polen mit schönen Worten ködern, doch sollten diese sich vor den Antisemiten in Acht nehmen, da diese Partei den Polen nicht wohlwolle. Da sei ein deutscher Sozialist noch vorzuziehen, der im Reichstage wenigstens antipolnische Maßnahmen bekämpfe, während die Antisemiten im Verein mit den Konservervanten über die Polen herzögen und für Vermehrung der Steuern zu haben seien.

Aus Nr. 20 des Przegląd Poznański
vom 19. Mai 1895:

Der Przegląd Poznański unterzieht die Haltung der polnischen Fraktion in Sachen der Umsturzvorlage folgender Beurtheilung:

„Nach den traurigen Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gesammelt, täuschen wir uns nicht mit der Hoffnung, als würden die von uns an die Adresse der Fraktion gerichteten Worte der Beschwerde die Schaar unserer Vertreter in andere Bahnen leiten. Wenn wir trotzdem an dieser Stelle einen schmerzlichen Protest niederlegen, so thun wir dies zu dem Zwecke, um angesichts der Unseren und der Fremden im Namen der polnischen Gesamtheit auf preußischem Gebiet der Meinung zu widersprechen, daß unsre Reichstagsfraktion der Ausdruck nationalen Strebens und Geistes sei! Wir sagen ausdrücklich „im Namen der Gesamtheit“, denn heut halten wir uns nicht ausschließlich für die Vertreter der um den Przegląd Poznański geschaarten Intelligenz, sondern wir haben ein Recht, uns für den Ausdruck der gesamten öffentlichen Meinung der polnischen Landestheile anzusehen.

Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe Fanatiker vom Kuryer standen alle unsere Blätter in Opposition zu der Regierung und der Kommission, und diese Einmütigkeit der gesamten polnischen Presse, dieses „geschlossene Schulter an Schulter“ den Vampyren der Reaktion gegenüber, dieser Massenwiderspruch unserer Volksgesamtheit war eine erhabene Rundgebung des Willens der Nation und ein macht-

voller Imperativ für die parlamentarische Vertretung. Dazu ließen sich mit ernster Stimme die Posener Beschlüsse vernehmen, welche die Umsturzvorlage sowohl in der Regierungsfassung als auch in der seitens der Kommission verbesserten Form verwarfen, und wenn die anderen polnisch-preußischen Gebiets-theile auch ihre Ueberzeugungen nicht in das Kleid von Sammelresolutionen hüllten, so klang doch aus den Artikeln der Presse und aus der sympathischen Aufnahme, welche die Posener Beschlüsse in der hiesigen, der schlesischen und westpreussischen Presse fanden, ein so bestimmter, durchdringender und klarer Ton hervor, daß die Hauptstadt thatächlich die Meinung der Gesamtheit zum Ausdruck brachte...

Es schien in der That, als würden die polnischen Abgeordneten angesichts einer so elementaren Kraft des Protestes es nicht wagen, den Willen der Gesamtheit zu mißachten, und diese Vermuthung fand in der Ansprache des Abg. Pfarrer Wolszlegier und in den dumpf aus der Camera obscura unserer Fraktion zu uns herüberdringenden Gerüchten Nährstoff. Leider täuschte Alles und die Vertretung des Volkes trat den Volkswillen mit Füßen.

Die Haltung der polnischen Fraktion gegenüber der Umsturzvorlage verdient in zweifacher Hinsicht besondere Beachtung. Erstens ist sie ein neuer Beweis dafür, daß die Abgeordneten das Gefühl der Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber eingeübt haben und, indem sie auf eigene Faust Politik treiben, vollständig vergessen, daß das Votum des Volksvertreters der Ausdruck der Volksmeinung sein soll, daß der Abgeordnete nur ein individueller Begriff der Gesamtheit der Wähler ist, daß nicht der Vertreter für sich, sondern die Nation durch seinen Mund spricht. Zweitens geht die polnische Fraktion, nachdem sie die Bande, welche sie mit der Allgemeinheit verknüpften, zerrissen hat, in aller Demuth im Geschirr des katholischen Zentrums einher, von Zeit zu Zeit nur die kaiserlichen Farben anlegend.

Dieses Sich mit Leib und Seele der Partei der Deutschkatholiken Verkaufen ist die Signatur der gesamten Berliner Politik. Unsere Abgeordneten traten bei Leuten in Dienst, die sich seit langer Zeit den Ruf geschickter politischer Händler erworben haben, die Alles und Alle zu Parteizwecken ausnützen. Ihre ganze Thätigkeit spricht unzweideutig dafür, daß die Polen als Nation für sie nicht existiren — nur als Befenner der gemeinschaftlichen Religion sind sie für das Zentrum da, und wenn auch Niemand leugnet, daß der Katholizismus unter unseren Verhältnissen der Volksgesamtheit gewisse Dienste zu leisten vermag, so giebt es doch außerhalb der Kirche das weite Gebiet nationaler und zivilisatorischer Interessen, für welche wir im Zentrum keinen Verbündeten, sondern einen wüthenden Gegner finden.

Diese Interessen dürfen wir nicht preisgeben, und die blinde Anbetung der Epigonen Windthorst's führt zwar auf die Mauern des Vatikans, drängt jedoch von denen des Vaterlandes ab. Das Zentrum kann den polnischen Katholizismus im eigenen Interesse nicht im Stich lassen; jedes unsererits dargebrachte Opfer ist nicht das „Do ut des“ des Handels, sondern geradezu ein Geschenk. Taktische Motive, welche zur Rechtfertigung der Fraktion dienen könnten, suchen wir vergebens, und am Ende bleibt nur die Gewißheit, daß unsere Abgeordneten die politische Nüchternheit und Selbständigkeit bis auf die Neige verloren haben. Wie sie einst in krankhafter Ertape auf die „Sonne des Throns“ bauten, so werfen sie sich heut im Gefühle der Vereinsamung und eigener Ohnmacht konvulsivisch dem Zentrum in die Arme, das die Polen süß anlächelt, mit ihnen zärtlich thut und sie schließlich — erdrückt.

Vorbei! Das polnische Volk auf preussischem Gebiet steht einer Thatfache gegenüber, welche Stoff genug zu ernstlichen Erwägungen liefert und laut ruft, daß es die Pflicht des polnischen Volkes und vor Allem der führenden Intelligenz sei, aus dem lethargischen Zustand zu erwachen und muthig über die politische Wirksamkeit unserer Volksvertretung ihr Urtheil abzugeben.

Die vorsichtige Taktik der „großen Organe“ legt berechtigt Zeugniß dafür ab, daß von den Höhen der Posener Diplomatie herab die Verfügung erlassen worden ist, die ganze Sache todzuschweigen und mit dem apathischen „laissez faire“ dem Thun unserer „Unverbesserlichen“ den Stempel der Legalität aufzudrücken. Es ist dies die beliebte Methode der Posener Steuerleute, der gegenüber sich die Gesamtheit nur selten zu einem Akt selbständiger Gegnerschaft aufschwingt. Dieser Mangel an Initiative, diese einschläfernde todte Atmosphäre unseres Landes hat die polnischen Vertreter im Reichstage und die hinter den Kulissen befindlichen Regisseure der Posener Diplomatie verwegen gemacht. Wenn die Allgemeinheit nicht nur Opposition fühlte, sondern sich zur That aufraffte, wären wir heut nicht in der unangenehmen Lage, auf dem Denkmal der Umsturzworlage die Inschrift einzugraben: „Die polnischen Abgeordneten haben aufgehört, die polnische Nation zu repräsentiren.“

Aus Nr. 20 des Przegląd Poznański
vom 19. Mai 1895:

Das obengenannte Blatt geißelt die Haltung des Kurjer Poznański gegenüber dem kujawischen Abgeordneten Dr. Krzyminski mit folgenden Worten:

„Hätte sich irgend eines der „Krahehlblätter“ zu solchen Vorwürfen und Forderungen verstiegen, dann würde die Kritik dieses pro und contra mich nicht versuchen; beachten wir jedoch, daß der Kampf sich in den Spalten des Organs abspielte, das den Kultus der Autorität der Volksvertreter als das erste der politischen Gebote hingestellt hat, das aus allen Kräften bemüht gewesen ist, das demokratische Postulat der Verantwortlichkeit der Abgeordneten der Allgemeinheit gegenüber lächerlich zu machen, das jede Opposition mit dem Namen „Freiheit“, „öffentlicher Straßenraub“ oder „Verrath an der Nation“ brandmarkte, dann tritt eine so drastische Elastizität aller Grundsätze des Kurjer zu Tage, daß die Majestät der „Planmäßigkeit und Ordnung“ wie Spreu zerfliehet. Und wer seid Ihr, für welche die Formeln der Ethik wie die Hüte wechseln: heut Cylinder, morgen Jockeymütze und übermorgen Rondeau à la Rinaldini? Wer seid Ihr, Apostel des Gehorjams, der Eintracht und der Autoritätenverehrung, — Ihr

Briefler des Tactes und des Geziemenden, — Ihr Herolde des Pietismus für von der Nation Auserwählte? Alles Schaumgold und dem augenblicklichen Bedürfniß angepaßte Dekoration, — und die Hand, welche die „Autoritäten“ segnet, ballt sich sogleich zur Faust, wenn Euer Abgott nicht nach Eurer Pfeife tanzt! Einst habt Ihr im Namen des Katholizismus selbst die nationale Solidarität gebrochen und die Spaltung an der Wahlurne mit dem Schimmer des Heldenthums geschmückt, — während Ihr heute eine Handvoll Leute, die Ihren Nacken nicht unter Euer Joch beugen, mit dem Namen „Straßenräuber“ bedenkelt. Geehrt habt Ihr die polnische Fraktion, so lange Ihr und sie ein Ganzes bildetet; verhimmelt habt Ihr die Autorität der Abgeordneten, so lange sie in Eure Fußtapfen traten; wer damals sich nicht zum Beifallspenden aufzuschwingen vermochte, der war in Euren Augen ein „Schänder von Autoritäten.“ Heut jedoch, wo die Volksvertretung nur im Geringsten anderer Ansicht ist, als Ihr, bedenkelt Ihr Eure einstigen Gözen mit dem Namen „Lügner“, vergleicht Ihr einen Abgeordneten demokratischer Färbung mit einem Schulbuben und bedroht ihn mit der Ruthe. O! Wächter der Nation! Ihr spottet den Krzyminski's, weil sie in den Sitzungen der polnischen Fraktion durch Abwesenheit glänzen. Wo aber blieb Eure Wachsamkeit und Euer Pflichtgefühl, als der Patron des Kurjer, Dr. von Romierowski, öffentlich erklärte, er habe sich seit 5 Monaten nicht in Berlin blicken lassen und über die Umsturzworlage, über welche jeder Posener Schuster disputirte, als Volksvertreter sogar privatim mit Niemandem gesprochen? Prinzipien, Ethik, Pflicht — Alles Phrase und Vergoldung, — Alles nur Werkzeug, um das Volk im Zaume des Loyalismus und der klawischen Preußenfreundschaft zu halten. Die Nation wendet sich zwar von dem Geschwätz des Kurjer von Tag zu Tag immer mehr ab, doch die Preussische Regierung schägt das Blatt und geht zärtlich mit ihm um. Glaubt Ihr's nicht? Ich will Euch ein Faktum erzählen und diene auf Wunsch mit Namen: Ein gewisser polnischer Redakteur verbüßte in neuester Zeit eine Gefängnißstrafe für ein Preßvergehen. Er langweilte sich in der einsamen Zelle und bat darum den Staatsanwalt, ihm zu gestatten, polnische Blätter zu lesen. Der Beamte suchte mit den Achseln und sagte: „Ja, aber nur den Kurjer Poznański!“ Sapienti sat

Aus Nr. 116 des Goniec Wielkopolski
vom 21. Mai 1895:

Der Goniec hat, da er das Uebel — die Betheiligung von Polen an der Ausstellung — nicht abwenden kann, einen, wie er schreibt, gereizten Kritiker und Publizisten angeworben, der das Gute, was etwa die Ausstellung für die Polen ergeben könne, seinen Landsleuten kritisch beleuchtet vorführen soll. Der Herr Kritiker beginnt heute sein Werk, und dabei kommt natürlich das Prüfungsobjekt schlecht weg. Es verheißt nicht allzu viel, werde kaum vor dem 15. Juni fertig sein und trage einen ausgeprägt deutschen Charakter. Von den 60 Pavillons gehörten kaum 10 polnischen Ausstellern. Auf 670 Aussteller kämen kaum 150 Polen. Das dürfte nicht wundern, wenn man erwäge, daß nur 370 der Herren dem Großherzogthum angehörten. Die übrigen gehörten gar nicht hierher, da die Ausstellung als Bild der Gewerbetätigkeit der Provinz gedacht sei. Angesichts der massenhaften Betheiligung auswärtiger deutscher Firmen sei zu schließen, daß man die deutsche Industrie auf Kosten der polnischen begünstigt habe. Von den auswärtigen deutschen Ausstellern liefern Berlin 50,

Breslau 40, deutsche Provinzen 130; diesen Deutschen ständen nur ungefähr 25 polnische, außerhalb der Provinz wohnhafte, darunter 15 galizische, gegenüber. Posen stelle 80 polnische und 130 deutsche, das Großherzogthum 60 polnische und 90 deutsche Firmen. Auch Oesterreich, London, Stockholm und das Königreich Polen würden vertreten sein.

Aus Nr. 116 des Dziennik Poznański
vom 21 Mai 1895:

Wo ist die Gleichberechtigung?

Die Gewerbeausstellung hier selbst wird entschieden am nächsten Sonntag, Mittags 12 Uhr, eröffnet werden. Das Eröffnungsprogramm ist festgestellt worden, zu unserer großen Verwunderung jedoch finden wir in demselben keine polnische Ansprache, wie dies bei der Bildung des Komitees vereinbart wurde. Wir sagten unsere Betheiligung an der Ausstellung unter der Bedingung zu, daß die Gleichberechtigung in Bezug auf Sprache gewahrt werde; daß also neben der deutschen Eröffnungsrede auch eine polnische gehalten werde, daß der Briefwechsel und auch die Aufschriften in beiden Landessprachen stattfinden.

Der Stadtbaurath Gründer, welcher an der Spitze des Unternehmens steht, sicherte dies feierlich zu und fügte sogar hinzu — obwohl es überflüssig war — daß der Herr Oberpräsident sich damit einverstanden erklärt habe. Wir sagten überflüssig, denn das Unternehmen ist ein rein privates und die „Amtssprache“ hat mit demselben nichts zu schaffen. Das Inslebenrufen desselben und das ganze Verfahren sind ausschließlich Sache des Komitees. Weshalb lassen also Herr Gründer und die anderen Komiteemitglieder das polnische Wort nicht zu? Wir wollen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete recht gerne mit unseren deutschen Mitbürgern zusammenarbeiten. Nachdem wir es einmal beschlossen und verabredet hatten, verhalten wir uns loyal und ehrlich und tragen unseren Kräften entsprechend zum gemeinsamen Wohle und gemeinsamer Arbeit bei. Auf der anderen Seite finden wir das nicht, wie wir dies ehrlich und aufrichtig gestehen müssen. Dem Polen wird das Wort nicht ertheilt und er in fündiger Weise bei Seite gehalten.

Es wird behauptet, daß kein Industrieller sprechen werde. Obwohl dies sehr originell und spasshaft ist, so verlangen wir das auch gar nicht, sondern wollen nur, daß, so wie die Komiteemitglieder, d. i. der Oberpräsident und der Oberbürgermeister Reden halten werden, auch aus der Mitte des Komitees ein Mitglied polnischer Nationalität, vielleicht Herr Cegielski oder Urbanowski, spreche, welche Industrielle sind und deren Rede bei dieser Festlichkeit nicht schaden würde. Dies verlangen wir und geben uns noch der Hoffnung hin, das Ausstellungs-Komitee werde diesem Verlangen Gehör schenken und der Entrüstung, welche in unserer Gesellschaft herrscht, auf diese Weise ein Ende machen.

Aus dem Programm ersehen wir auch nicht, daß die Vertreter der Presse zu den Ausstellungsfeierlichkeiten freien Zutritt hätten. Einzelne Redaktionen sind zwar berücksichtigt worden, es handelt sich jedoch hierbei nicht um das Festmahl, sondern darum, den Zeitungsberichterstattern ihre Pflichterfüllung zu erleichtern. Das Komitee weiß ja recht gut, daß es in einem Kulturstaate und nicht in „Halbasien“ zu thun hat. Schließlich verlangen wir, daß die Ueberschriften auf den Pavillons in beiden Landessprachen angebracht werden. Wir wiederholen nochmals, daß wir auf die Loyalität des Ausstellungs-Komitees rechnen, nämlich daß dasselbe sich unseren gerechten, uns

versprochenen und unsererseits wegen der Betheiligung an der Ausstellung uns vorbehaltenen Bedingungen geneigt zeigen werde. Dies verlangt nicht allein die einfache und gewöhnliche Gerechtigkeit, sondern auch das wohl verstandene Interesse der Ausstellung selbst. Die Nadelstiche müssen fortfallen.

In dieser Angelegenheit erhalten wir das folgende Schreiben: „Der engere Ausschuss beschloß in seiner Freitagssitzung, die Ausstellung am Sonntag, den 26. d. Mts., Mittags 12 Uhr durch einen feierlichen Akt, dessen Programm gleichzeitig festgestellt wurde, zu eröffnen. Den Anfang der Festlichkeit werden Trompeten und ein Choralgesang verkünden, demnächst wird eine Ansprache des Oberpräsidenten und eine Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Herrn Witting an die Versammelten folgen. Ein gemeinschaftliches Mittagessen auf dem Ausstellungsplatze und die nothwendigen Toaste sollen den Schluß des programmmäßigen Festes bilden. Wir hätten gegen ein derartig aufgestelltes und genehmigtes Programm nichts einzuwenden, wenn nicht der Umstand wäre, daß die polnische Gesellschaft sich bei der Ausstellung selbst, sei es als Aussteller, sei es als Besucher, lebhaft betheiligt. Das bisherige unparteiische und gerechte Verhalten des Ausstellungs-Komitees, welches recht eifrig den Wünschen unserer Gesellschaft Rechnung trug und bei dem Briefwechsel, bei den Bekanntmachungen, Plakaten, Eintrittskarten und den im Druck befindlichen Katalogen die sprachliche Gleichberechtigung berücksichtigte, bildete keinen geringen Ansporn und keine geringe Aufmunterung zu einem thätigen und eifrigen Mitwirken an dem von den Deutschen und Polen gleichmäßig geschaffenen Werke, bei dessen Organisation bis jetzt kein Mißton vorkam und welches, unseren Verhältnissen entsprechend, recht stattlich und ernst auszufallen verspricht. Wir müßten es dem lebhaft bedauern, wenn in die bisherige Harmonie ein Spaltung hineinkommen sollte, denn wir können nicht dieselbe Anerkennung und dasselbe Lob dem Ausstellungs-Komitee bei Ausstellung des Festprogrammes ausdrücken. Soweit wir es übersehen können, werden Ansprachen und Gesang nur in deutscher Sprache stattfinden, denn soviel wir wissen, sind weder der Herr Oberpräsident, noch der Herr Oberbürgermeister der polnischen Sprache mächtig, dem polnischen Redner aber ist ein besonderer Platz nicht angewiesen worden. Dasselbe bezieht sich auch auf den Gesang, denn wir haben es anderweit erfahren, daß keiner der bestehenden polnischen Gesangvereine zur Theilnahme an dem feierlichen Akte eingeladen worden ist. Wenn jemals, so hat gerade in diesem Augenblick die polnische Gesellschaft alles Recht zu verlangen, daß auch seinem Zartgefühl Genüge geschehe, daß von der Rednerbühne herab das polnische Wort erschalle als Unterpfand für gemeinsame und einmüthige Arbeit während der ganzen Dauer der Ausstellung. Wir zweifeln durchaus nicht daran, daß die Uebergang der polnischen Sprache und des polnischen Gesanges bei der Eröffnungsfeier nur auf einem Versehen beruht und daß das Ausstellungs-Komitee dieses Versehen wieder gutmachen wird und zwar umsomehr, als uns deutscherseits bei den ersten Berathungen über die Eröffnungs- und Schlußfeierlichkeiten polnische Ansprachen zugesichert wurden. Wir geben daher mit Bestimmtheit der Hoffnung Raum, daß unsere Wünsche erfüllt werden und daß das Ausstellungs-Komitee das Festprogramm noch insoweit ändern und einen entsprechenden Platz für die polnische Rede lassen werde. Diesen unseren Wunsch stellen wir als eine durchaus erforderliche und nothwendige Bedingung für das fernere Interesse der polnischen Gesellschaft an dem Ausstellungswerke hin, welches nur mit vereinten Kräften die erwarteten Früchte bringen kann.“

Aus Nr. 118 des Dziennik Poznański
vom 23. Mai 1895:

Betrifft die Gewerbeausstellung.

Mitten in der stillen, gemeinsamen, ruhigen Arbeit, als wir ganz sicher waren, daß in der Ausstellungsangelegenheit nichts Derartiges mehr vorkommen werde, das Erbitterung und Entrüstung unter uns hervorrufen könnte, entstanden plötzlich und unverhofft Zwistigkeiten, die in unserer Gesellschaft eine Entrüstung hervorriefen, welche noch wachsen wird, wenn nicht der Streit durch diejenigen, in deren Macht das liegt, beseitigt werden sollte.

Es ist bekannt, daß wir an die Ausstellung herantraten, als wir die Versicherung erhielten, daß zwischen uns und unseren deutschen Mitbürgern die vollste Gleichberechtigung herrschen werde. In den Vorverhandlungen war sogar die Rede davon, daß bei der Eröffnung der Ausstellung eine polnische Rede gehalten werden solle und daß man maßgebenderseits nichts dagegen einzuwenden habe. Das ist Thatsache. Bedauerlicherweise haben die Polen in der Sitzung, in welcher das Komitee sich bildete, nicht verlangt, daß dies protokollarisch eingetragen werde. Sie rechneten augenscheinlich auf den guten Willen der deutschen Mitbürger. Und wir müssen ehrlich zugestehen, daß dieselben gegen eine diesbezügliche Forderung nichts einzuwenden hätten, ebenso wenig wie sie sich heute noch dem widersetzen. Doch die Zeit bringt Alles fertig, im Laufe eines Jahres hat sich Vieles geändert, es entbrannte wiederum, und zwar ohne den geringsten Grund, ein Kampf gegen das polnische Element. Die hiesigen Behörden erklärten sich geradezu gegen die Zulassung eines Polen zum Reden und behielten sich sogar vor, obwohl wir dies gar nicht verlangten, und auch gar nicht verlangen, ob bei dem Festessen ein polnischer Toast ausgebracht werden solle. Wir wollen es nicht glauben und ziehen es vor, uns, wie gewöhnlich, bis zum letzten Augenblick täuschen zu lassen. Wie ist es gekommen, daß ein reines Privatunternehmen auf einmal zu einem Staatsbezugs-Regierungsunternehmen umgewandelt wurde, auf welches das Gesetz vom 28. August 1876 angewendet wird? Von diesem Gesetz kann doch hierbei gar keine Rede sein. Nach unseren Kräften übernahmen wir die Sicherheit für das Gelingen der Ausstellung, weshalb hat man damals aber, wenn dies eine amtliche Sache ist, keine deutsche Erklärungen verlangt? Wir geben zu, daß beim Briefwechsel und bei allen die Ausstellung betreffenden Sachen die sprachliche Gleichberechtigung gewahrt worden ist. Andererseits fragen wir uns, wenn die Ausstellung nunmehr als eine rein amtliche dargestellt wird, weshalb da nicht deutsch geschrieben wurde? In diesem Falle würden wir sofort gewußt haben, was wir zu thun hatten. Glaubt man denn durch die Nichtzulassung der polnischen Stimmen das Dasein der Polen zu vernichten? O meine geehrten Herren, ohne jegliche Redensart können wir sagen, unsere Nationalität ist eine unsterbliche, und kein Gesetz wird dieselbe zu Grunde richten. Wir wollen auch heute noch mit unseren deutschen Mitbürgern ruhig zusammen arbeiten, doch möge man uns und sich die Arbeit nicht erschweren. Die Früchte derselben kommen nicht allein uns, sondern der ganzen Gesellschaft zu Gute.

Wir hören auch, daß sich unter den Deutschen Stimmen vernehmen lassen, dahin lautend, unsere Blätter hätten durch ihr Aufstreten die unschuldige Sache zugespitzt. Wie, meine Herren, sollten die Blätter, nachdem das Programm veröffentlicht worden, dem Unrecht gegenüber, welches uns geschieht, schweigen? Wir fragen Alle, würden die deutschen Blätter in einem ähnlichen Falle anders verfahren?

Was sollen wir schließlich in der Lage, in die wir so unverhofft gerathen sind, thun? Die Sache ist einfach: uns ruhig verhalten, mit Würde für den günstigen Verlauf der Ausstellung Sorge tragen, doch an den Festlichkeiten, bei denen man uns nicht zum Worte kommen lassen will, nicht Theil nehmen.

Wir sind auch überzeugt, daß unsere Bürgerschaft nicht anders handeln wird. Obwohl wir keiner Beispiele bedürfen, so glauben wir doch sicher, daß auch die deutschen Mitbürger nicht anders verfahren würden.

Aus Nr. 118 des Goniec Wielkopolski
vom 23. Mai 1895:

Betrifft die Gewerbe-Ausstellung.

Das Eröffnungsprogramm enthält keine polnische Rede, obgleich der Stadtbaurath Grüber dies s. Zt. feierlich zugesagt hatte. In der Stadt herrscht deshalb eine große Erbitterung. Die zur Theilnahme an dem Sonntags stattfindenden Festmahle eingeladenen Polen berathen darüber, ob gegen diesen Mißbrauch Widerspruch zu erheben sei, und beabsichtigen solidarisches, dem Festmahl fern zu bleiben. In der Stadt spricht man von einer Versammlung polnischer Aussteller und derjenigen, die eine Einladung zum Festessen erhielten. In der Versammlung soll beschlossen werden, welche Stellung die Polen diesem neuesten Unrecht gegenüber einnehmen sollen.

So wie die Sache heute liegt, darf Niemand, der sich noch als Pole fühlt, sich an dem Festessen betheiligen. Es wäre dies ein stummer, doch ein bedeutungsvoller Widerspruch.

Im letzten Augenblick erhalten wir Nachrichten von der gestrigen Plenarsitzung des Ausstellungs-Komitees. Die Deutschen, von den polnischen Mitgliedern interpellirt, erklärten durch den Mund des Oberbürgermeisters Witting und Stadtbauraths Grüber kategorisch, daß sie eine polnische Rede entschieden nicht zulassen werden.

Der Oberpräsident soll sogar erklärt haben, er würde den Festraum verlassen, falls dort ein offizielles polnisches Wort fallen sollte.

Im Namen der Polen erinnerte Napol. Urbanowski wiederholt energisch an die uns versprochenen und uns zukommenden Rechte, nachdrücklich betonend, daß es sich bei uns Polen mehr um die nationale Ehre, als um die Tasche handele. Er erklärte, daß kein Pole weder an der Eröffnung der Ausstellung, noch an dem Festessen sich betheiligen werde.

Die polnischen Komiteemitglieder werden binnen Kurzem einen diesbezüglichen Aufruf an die Polen erlassen. Am Sonntag darf auch nicht ein polnischer Fuß den Ausstellungsplatz betreten.

Aus Nr. 114 des Postep vom 18. Mai 1895:

Sowohl unter der Einwohnerschaft des mir anvertrauten Distrikts als auch in der Stadt hat sich das Gerücht verbreitet, ich sei dem Verein zur Förderung des Deuththums beigetreten und besaße mich dabei mit der Agitation gegen die Polen. Ich erkläre darum hiermit, daß ich diese Gerüchte für böswillige Verläumdung ansehe, die nur den Zweck hat, mir das Vertrauen meiner polnischen Mitbürger zu rauben. Einem derartigen Verein würde ich sowohl als Beamter als auch als Privatperson nie beitreten.

Pinne, den 16. Mai 1895.

Der Königliche Distrikts-Kommissar.
Schulz.

Aus Nr. 117 des Kuryer Poznański

vom 22 Mai 1895:

Mit Bezug auf die Gründung der neuen deutschen landschaftlichen Bank meint der Kuryer: Durch diese Gründung wird den bereits seit Langem bestehenden deutschen Kreditinstituten nur ein neuer Konkurrent erwachsen. Schon einmal — im Jahre 1870 in der Milliardenepoche — versuchte man bei uns ähnliche Institute, wie die Ostdeutsche Bank, die Ostdeutsche Produktenbank, ins Leben zu rufen, die wegen Mangels an gesunden Existenzbedingungen und Wirkungsgebieten bald eingingen. Es scheint, daß sich seit dieser Zeit besonders die agrarischen Verhältnisse kaum gebessert haben.

Aus Nr. 118 des Dziennik Poznański

vom 23. Mai 1895:

H.-R.-T.

Wie wir erfahren, richtete der Vorstand des „H.-R.-T.-Vereins“ an den deutschen „Kaufmännischen Verein“ hieselbst ein Schreiben, in welchem dieser ausschließlich aus christlichen Kaufleuten zusammengesetzte Verein ersucht wird, dem H.-R.-T.-Verein als Korporation beizutreten. Auch die einzelnen Vereinsmitglieder sollen dem antipolnischen Verein sich anschließen. Der „H.-R.-T.-Verein“ verspricht dafür, dem „Kaufmännischen Verein“ Kunden unter seinen Mitgliedern zu verschaffen.

Dieses Schreiben bildete in der letzten Sitzung des „Kaufmännischen Vereins“ den Gegenstand der Beratungen. Das Ergebnis der letzteren war das, daß kaum zwei oder drei Mitglieder für den Beitritt zum H.-R.-T.-Verein waren; alle übrigen, recht zahlreich versammelten Mitglieder erklärten sich entschieden gegen den Anschluß und faßten überdies noch den Beschluß, daß den Mitgliedern des „Kaufmännischen Vereins“ nicht nur nicht empfohlen, sondern geradezu abgerathen werde, dem H.-R.-T.-Verein beizutreten, da dessen Thätigkeit den deutschen Kaufleuten, welche meist auf die polnische Kundschaft angewiesen sind, in hohem Maße schädlich ist.

Und nun noch ein zweites Beispiel des von dem H.-R.-T.-Verein geführten antipolnischen Boykotts. Der Vorstand des H.-R.-T.-Vereins wendete sich an einen hiesigen deutschen Maschinen-Fabrikbesitzer mit dem Ersuchen, dem Verein beizutreten und versprach, ihm eine ausgebreitete Kundschaft unter den Vereinsmitgliedern zu verschaffen, sowie dieselben zu verpflichten, nur bei ihm die Maschinen zu kaufen, jedoch unter der Bedingung, daß er alle Polen, nicht nur aus seinem Bureau, sondern auch alle polnischen Fabrikarbeiter entlassen werde. Hierauf gab der Fabrikbesitzer zur Antwort, daß zunächst die Herren Hansemann, Tiedemann und Genossen es versuchen sollten, sämtliche polnische Arbeiter auf ihren Gütern zu entlassen; gelänge ihnen dies ohne Nachtheil für ihr Vermögen, dann würde auch er vielleicht der antipolnischen Verschwörung beitreten.

Wir fragen, ist das nicht das offenbarste Boykottiren der Polen und ist das nicht eine widerliche Arbeit, welche darauf hinausgeht, den Polen das letzte Stückchen Brod auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens zu rauben?

Aus Nr. 118 des Ogródownik

vom 23. Mai 1895

In Sachen der Ausstellung schreibt man uns aus der Stadt:

Künftigen Sonntag wird durch die Provinzial-, städtischen und militärischen Behörden die Provinzial-Ausstellung eröffnet. Es ist traurig, daß die polnische Sprache von dieser Feierlichkeit ausgeschlossen werden wird und sogar für das Festmahl untersagt worden ist, das auf die offizielle Eröffnung der Ausstellung folgen soll.

Es ist dies eine bedauernswerthe, in ihren Folgen für die Ausstellung sehr schwerwiegende, jedoch eine Thatfache, die sich absolut, wie heut die Verhältnisse, mit denen man rechnen muß, liegen, nicht ändern läßt.

Die gestrige Sitzung des Ausstellungs-Komitees mußte, wie ich höre, uns überzeugen, daß, wenn auch anfangs oben die Bereitschaft vorhanden gewesen ist, der polnischen Sprache Gleichberechtigung zuzugestehen, jetzt dort ein völlig entgegengesetzter Wind weht. Herr v. Urbanowski, ein Mitglied des Komitees, konferirte mit dem Stadtbaurath Herrn Grüber, noch ehe sich das Komitee gebildet hatte, bezüglich der Berechtigung der polnischen Sprache und Herr Grüber bot dem Erstgenannten in dieser Beziehung völlige Bürgschaft. Heut hat sich jedoch das geändert, und es gewinnt den Anschein, als befürchteten die Behörden, angesichts der Bismarck'schen Heze als polenfeindlich verschrien zu werden.

Was das Ausstellungs-Komitee betrifft, so muß man, um gerecht zu sein, gestehen, daß dasselbe, das doch zum bedeutenden Theil aus Deutschen besteht, sich in jeder Beziehung bemüht hat, gerecht zu sein und daß dasselbe bisher strenge Gleichberechtigung gewahrt hat. Es wäre unsrerseits ungerecht, wollten wir dies nicht eingestehen. Mehr hat das Komitee nicht thun können, als den Oberbürgermeister zu ersuchen, im Interesse der Ausstellung selbst sich um ein, wenn auch noch so geringes Zugeständniß zu bemühen, doch waren die Bemühungen des genannten Herrn vergebliche. Der Herr Oberpräsident hat nämlich kategorisch erklärt, daß er, wenn bei der Eröffnung der Ausstellung oder auch nur beim Festessen irgend welche offizielle polnische Ansprache gehalten werden sollte, als Staatsbeamter würde Schritte thun müssen, die sehr ernste Folgen würden nach sich ziehen können.

Unsere Lage ist unangenehm und traurig, denn ich verstehe nicht, weshalb nicht gestattet sein soll, bei der Eröffnung der Ausstellung oder beim Festessen einem Polen das Wort zu ertheilen, damit derselbe auch in polnischer Sprache einen Trinkspruch zu Ehren des Kaisers und Königs und auf das Gedeihen der Ausstellung ausbringe.

So viel mit Bezug auf die Frage betreffend die polnische Sprache. Und nun ein Wort bezüglich unserer Stellung als gewerbetreibende und die Ausstellung besuchende Polen. Ich erfahre, daß eine gewisse handvoll Leute, die ich, um keinen stärkeren Ausdruck anzuwenden, Leichtsinrige nennen möchte, in der Stadt herumgehen und sich bemühen, unsre Bethheiligung an der Ausstellung zu hintertreiben und vom Besuche derselben abzureden. Man soll für heut oder morgen irgendwelche Versammlung einberufen wollen, redet die Aussteller an, ihre Produkte von der Ausstellung zurückzuziehen u. s. w.

Diese Herren haben es sich gewiß nicht überlegt, was sie thun, wen sie schädigen und auf wessen Mühle sie Wasser treiben. Und ich muß mich sehr wundern, daß sich Personen in ihnen durchaus fremde Angelegenheiten mischen, die auf warmen, nationalen Plägen sitzen, ja mehrere Tausend Mark Gehalt empfangen, selbst nichts zu verlieren haben, daher

dem erwerbenden polnischen Bürgerthum alle Augenblicke Verlegenheiten bereiten und es bis zum Aeußersten treiben, was sich dann an unserm Gewerbe und Handel, überhaupt an unseren Erwerbsverhältnissen rächt.

Was würden wir übrigens damit erreichen, wenn wir den Rath dieser Herren befolgen wollten, die augenscheinlich zu wenig zu thun und zu viel Zeit übrig haben. Wir würden uns zunächst an unsern eigenen Werke rächen, an dem wir im Verein mit den Deutschen ein ganzes Jahr lang gearbeitet und an das wir ein gutes Stück hauer verdientes Geld gewendet haben. Das bürgerliche Fortkommen und die Handelsbeziehungen sind an und für sich heut schon sehr schwere, und sie würden sich bedeutend verschlechtern mit dem Erfolge, daß die S-R-T-Freunde Bismarcks daraus Nutzen zögen und polnischer Handel und polnische Industrie den Schaden davon trügen. Bei dem heutigen Drucke müßte die vernünftige öffentliche Meinung unsern Industriellen und Kaufmann vor derartigen Dummheiten bewahren, die unserm Handel und Gewerbe die deutschen Abnehmer abwendig machen und nichts dafür versprechen.

Ich habe die Ueberzeugung, daß unter unserm Bürgerthum Selbstbewußtsein und konservativer Sinn genug vorhanden sind und daß derselbe, wenn auch Jeder die unsrer Sprache zugefügte Unbill empfindet, sich nicht wird von einigen Schreibern zu einem unvorsichtigen Schritte hinreißen lassen. Ich hoffe, daß unser Bürgerthum sich nach dem eignen gefunden Verstande richten, den Schreihälsen nicht folgen und sich keinen Abgrund unter den eignen Füßen graben wird. Die polnischen Komiteemitglieder müßten meiner Ansicht nach im Komitee ebenfalls eine solche Haltung einnehmen, damit wir, wenn wir auch ein Unrecht hinnehmen müssen, keinem zweiten Nachtheil ausgesetzt werden.

In derselben Angelegenheit erhalten wir ein zweites Schreiben aus der Stadt: Der „Dziennik Poznański“ hat geschrieben, das Ausstellungs-Komitee habe den Polen völlige Gleichberechtigung verbürgt mit Bezug auf die Eröffnungs- und Schlußfeier der Ausstellung. Diese Mittheilung bedarf der Erläuterung und Richtigstellung.

Den polnischen Komiteemitgliedern ist von einer solchen Garantieleistung nichts bekannt; das Komitee hat auch keine Bürgschaft übernommen. Es ist nur von der Gleichberechtigung des Polnischen in der Ausstellung selbst die Rede gewesen und Parität verheißen worden.

Herr v. Urbanowski, ebenfalls ein Komiteemitglied, hat sich auf eigne Faust bezüglich der Eröffnungs- und Schlußfeier und dabei eventl. zu haltende polnische Ansprachen mit dem Herrn Stadtbaurath Grüber unterhalten. Letzterer gab, nachdem er sich mit der Provinzialbehörde verständigt hatte, dem Herrn v. Urbanowski die Erklärung ab, daß die Behörde wahrscheinlich nichts gegen eine offizielle polnische Ansprache bei Eröffnung der Ausstellung haben werde. Es waren dies jedoch rein private Verständigungen zwischen zwei Komiteemitgliedern; Herr v. Urbanowski hat diese Angelegenheit nie im Komitee berührt und allem Anschein nach wiederum auf eigene Faust und privatim dem „Dziennik Poznański“ Mittheilung hiervon gemacht.

Gewiß wäre eine offizielle polnische Rede am Platze, aber da hierüber nicht das Komitee, sondern das Oberpräsidium zu bestimmen hat, müssen wir uns mit der Thatsache abfinden. In jedem Falle steht keinem Komiteemitgliede das Recht zu, seine privaten Gespräche in der Presse als amtliche Ge-

schehnisse hinzustellen und dadurch Verwirrung hervorzurufen. Wollte er etwas thun, so konnte Herr v. Urbanowski, was er unterlassen hat, die Sache im Komitee zur Sprache bringen.

Unser Bürgerthum müßte folgende Haltung einnehmen: Es müßte an der Ausstellung theilnehmen, sie besuchen und ausnützen zwecks Förderung des polnischen Handels und Gewerbes, — und da die polnische Sprache von der feierlichen Eröffnung der Ausstellung ausgeschlossen wurde, müßte es von der Eröffnung fern bleiben und an dem Mahle nicht theilnehmen.

Aus Nr. 113 des Kurjer Poznański vom 17. Mai 1895:

Aus Kruschwitz schreibt man: Ich ging auf die hiesige Postanstalt, um meiner Frau sechs Mark zu senden. Auf meine Frage, wann das Geld abgehen werde, antwortete der Beamte: „Ich verstehe nicht polnisch!“ Ich wiederhole meine Frage ein-, zweimal, endlich sagt der Beamte: „Sie müssen einen Dolmetscher bringen!“ und schlägt mir, ohne die Quittung herauszugeben, das Fenster vor der Nase zu. Als ich anfang, um die Quittung zu mahnen, entschloß sich endlich ein anderer Beamter, mir im reinsten Polnisch zu bedeuten, er habe nicht die Pflicht, polnisch zu sprechen und ich müsse, wenn ich mich in dieser Form mit ihnen unterhalten wolle, einen Dolmetscher mitbringen. Alles das kann ich jeden Augenblick beeiden.

(Der Kurjer rath zur Beschwerde, da die höhere Behörde die Herren gewiß befehlen werde, wie sie mit dem Publikum umzugehen hätten.)

Aus Nr. 113 des Dziennik Poznański vom 17. Mai 1895:

Evangelische Missionen.

Anläßlich der evangelischen Missionskonferenz, welche am Donnerstag (16.) im Saale der Diakonissen-Anstalt abgehalten wurde, hielt der Missions-Inspektor Schneider aus Herrnhütte einen Vortrag über: „Die Mission und ihr Verhältniß zur Nationalität.“ Unter Anderem sagte der Redner, „der Missionär müsse sich vor Allem eine gründliche Kenntniß der Landessprache aneignen,“ andernfalls bleibe seine Wirksamkeit erfolglos und die Zuhilfenahme eines Dolmetschers führe ebenfalls nicht zum Ziele.

Das sind sehr richtige Grundsätze, doch weßhalb gehören die Herren Pastoren in den polnischen Landen zu den eifrigsten Förderern des S. R. T.-Vereins, welcher gerade diesem Grundsatz Hohn spricht und von der Regierung sogar die Beseitigung der Gerichts-Dolmetscher verlangt, ja sogar Alarm schlägt, wenn irgendwo ein Beamter zu einem Polen ein polnisches Wort spricht? Ebenso wie der Missionär müßte sich auch der Beamte, welcher mit der Bevölkerung des Landes, in diesem Falle mit der polnischen, in Beziehungen steht, die gründliche Kenntniß der polnischen Sprache aneignen, andernfalls seine Thätigkeit entweder vollständig erfolglos oder eine äußerst schwierige sein wird.

Aus Nr. 115 des Dziennik Poznański
vom 19. Mai 1895:

Ein angenehmer Maiausflug.

Die Maiausflüge werden für die Schüler veranstaltet, um denselben während ihrer schweren Arbeit eine anständige Zerstreuung und ein schönes Vergnügen zu bereiten. Ueberall wird auch dafür gesorgt, daß die Schüler in anständiger Weise Kurzweil treiben. Bei uns ist es aber anders! Die Sekundaner des hiesigen Marien-Gymnasiums begaben sich unter Leitung des Lehrers Lauterbach nach Wargowo und demnächst nach Obornik. Gleich nach dem Verlassen der Eisenbahnwaggons in Wargowo erklärte p. Lauterbach den Schülern, daß sie untereinander nicht polnisch sprechen dürften und sich nur der „Amtssprache“ bedienen müßten und daß er jegliche polnische Unterhaltung verbiete. Man kann sich wohl vorstellen, welchen unangenehmen Eindruck dies machte. Das ganze Vergnügen und die ganze Freude waren zerstört. In dieser Weise verfahren die Leiter unserer Jugend. Wir aber sind neugierig, auf welcher Unterlage Herr Lauterbach dieses Verbot erließ. So lange er uns darüber keine Aufklärung zu geben geruht, erachten wir sein Auftreten als einen Uebergriff. Die vorgesetzte Behörde bitten wir, ihn dahin belehren zu wollen, daß weder ein Gesetz noch eine Verordnung etwas Aehnliches vorschreibt.

Aus Nr. 115 des Dziennik Poznański
vom 19. Mai 1895:

Aus der Gegend von Posen, den 17. Mai.

Praktische Musterstunde eines Kreisschulinspektors in einer von vorwiegend polnischen Schülern besuchten Schule.

Der Unterricht mit polnischen Kindern begegnet des deutschen Vortrages wegen in jedem Gegenstande großen Schwierigkeiten. Die Kinder sollen sich mit dem Inhalt des Lehrgegenstandes in einer Sprache, die sie nicht kennen und deren Elemente sie erst kennen lernen sollen, vertraut machen. Laut erhaltener Weisung werden die polnischen Kinder von den Lehrern so behandelt, als ob sie die deutsche Sprache von Hause aus kennen und an sie deshalb dieselben Anforderungen gestellt, wie an deutsche Schüler. Die polnischen Kinder wiederholen Worte und Sätze, welchen sie gar keine oder eine falsche Bedeutung beimessen und vergessen die mit vieler Mühe eingepaukten Wahrheiten; sie geben auch deshalb mitunter gar keine Antwort, weil sie bei einer in veränderter Form gestellten Frage der Ansicht sind, daß es sich um eine ganz neue Sache handle. Ein solcher Unterricht unterdrückt die geistige Entwicklung der Schüler, weckt in ihnen eine Abneigung gegen die Schule und erschwert sogar die Fortschritte in der Erlernung der deutschen Sprache. Die ganze Unterrichtsmethode mit den polnischen Kindern gleicht derjenigen, welche mit den Idioten zur Anwendung kommt. Bei den schriftlichen Arbeiten hilft dem polnischen Kinde das Auge, doch auch hier stößt man bei einer falschen Unterrichtsmethode auf große Schwierigkeiten, denn auch bei orthographischen Übungen müssen verschiedene Regeln erklärt werden. Wenn das Kind diese Erklärungen nicht versteht, geht der Unterricht verkehrt. Diese Schwierigkeiten sind den Schulinspektoren unbekannt, weil sie nur das Prüfen der Kinder als ihre Pflicht betrachten und es vermeiden, den Lehrern praktisch zu zeigen, wie sie unterrichten sollen.

Ausnahmsweise kam es dieser Tage vor, daß ein Schulinspektor, als er die fünfte Klasse einer in der Gegend von Posen belegenen Schule besuchte, sich zur Vertretung des Lehrers, welcher gerade mit der Vor-

bereitung des Stoffes zum bevorstehenden Diktat beschäftigt war, erbot. Der erste Satz, welchen er wählte und in orthographischer Beziehung vorzubereiten suchte, lautete: „Der Ofen ist weiß.“ Schon die Wahl des Satzes war keine recht zutreffende, denn nicht jeder Ofen ist weiß, die Kinder dürfen jedoch nur absolute Wahrheit schreiben. Obwohl sich in der Klasse vorwiegend polnische Schülerinnen befanden, bediente sich der Herr Inspektor ausschließlich der deutschen Sprache. Die polnischen Kinder verstanden seine Worte nicht, der Unterricht ging daher sehr holperig. Es mußte erklärt werden, welche Worte im Deutschen mit großem Anfangsbuchstaben geschrieben werden und es mußten noch andere Regeln eingeführt werden. Bei der Wiederholung der Erklärungen und bei dem Buchstabiren der Worte konnte man die verschiedenartigsten Wunderdinge hören. Der Inspektor schwitzte vor Anstrengung und vor Eifer, doch der Erfolg war ein auffallend schwacher. Die Stunde verging und von den zu dem Diktat erforderlichen 6—10 Sätzen war kaum einer vorbereitet. Zu der Vorbereitung des ganzen Diktats hätte der Herr Inspektor wenigstens 6 Stunden gebraucht. Schade, daß nicht Jemand, welcher bei der Musterstunde anwesend war, alle Fragen, Erklärungen und Antworten stenographirte, denn es würde sich lohnen, das Bild einer solchen Stunde mit polnischen Kindern ohne Zuhilfenahme der polnischen Sprache den geehrten deutschen Landtagsabgeordneten vorzustellen und durch ein solches Beispiel dem Herrn Kultusminister von der Methode, die bei dem Unterricht mit unseren Kindern in Anwendung kommt, zu informiren.

Die Nachricht von dieser Musterstunde verbreitete sich in der ganzen Umgegend und machte einen großen Eindruck; Fachleute wünschen dagegen, die Herren Schulinspektoren möchten öfters ihre Kräfte und pädagogischen Fähigkeiten, namentlich in den Unterstufen der von polnischen Kindern besuchten Schulen, erproben. Die von ihnen empfohlene Unterrichtsmethode würde sich dann in ihrem eigentlichen Lichte zeigen.

Aus Nr. 117 des Kurier Poznański vom 22. Mai.

Das Posener Tageblatt brachte in Nr. 235 vom 21. Mai d. J. folgende Schilderung der Schulverhältnisse in Kopienno: In der Ortschaft Kopienno besteht neben einer einklassigen evangelischen Schule, die von ungefähr 15 Kindern besucht wird, eine vierklassige katholische Schule, an welcher drei Lehrer wirken, die aber eine Schülerzahl von über 300 aufzuweisen hat. Gesezt nun, es kämen auf jede dieser Klassen eine Kinderzahl von 76 und auf einen jeden Lehrer 32 Lehrstunden, so entfällt auf ein Kind eine wöchentliche Unterrichtszeit von nicht ganz 19 Minuten, also nicht volle 190 Sekunden täglich, während in der evangelischen Schule einem Kinde bei wöchentlich nur 24 Lehrstunden eine Zeit von ungefähr 20 Minuten täglich, also das 6fache von ersteren gewidmet werden kann, ein Maß von Zeit, das sich bei einer vergrößerten Stundenzahl um ein Bedeutendes vermehrt.

Hierzu bemerkt der Kurier: Man könnte denken, daß ein derartiger Kenner der örtlichen Verhältnisse, nachdem er deren ungesunden Zustand nachgewiesen, sich nach der entsprechenden Arznei umsehen und sie gemäß den gewöhnlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit in der Vermehrung der an der katholischen Schule angestellten Lehrkräfte erblicken werde. Indessen kennzeichnet sich der spitzfindige Sinn des Kulturträgers in folgenden gewundenen Klagen: Bedenkt man nun noch, daß die Muttersprache in der evangelischen Schule die deutsche, in der anderen dagegen größtentheils die polnische, das Lehr-

ziel aber in beiden fast gleich ist, so kann man sich ein ungefähres Bild von der Thätigkeit der Kräfte entwerfen, die doch bei weitem eine gleichmäßigere sein würde, wenn eine Vereinigung der beiden Schulen stattfände.

Das heißt, sagt der Kurier, die Schule ist vor Allem eine Germanisirungsanstalt; da sich ihr Werk nun zu langsam vollzieht, weil der katholische Lehrer eine allzugroße Zahl von Schülern zu dressiren hat, während sein Kollege von der evangelischen Schule sich wahrscheinlich schrecklich langweilt, nichts zu germanisiren hat und sich nach Gratifikationen für erfolgreichen Betrieb des Unterrichts sehnt, so möchte letzterer gern zu Hülfe kommen und so mit einem Schlage zwei Fliegen treffen: die Germanisirung beschleunigen und die Schule simultanisiren.

Und nun fragen wir die Leser und alle Rechtgläubigen, mit welchem Namen ist der Gedanke des versteckten Sophisten zu bezeichnen? Von Neuem wird uns wieder die verschiedenartige Behandlung beider Konfessionen enthüllt: wir sehen hier in greller Beleuchtung, wie man den Grundsatz der „Parität“ aufsaßt. Die Katholiken werden stets, seien sie in der Mehr- oder Minderheit, stiefmütterlich behandelt. Das ist der moralische Sinn jener Schilderung der Schulverhältnisse in Lopienno.

Aus Ost- und Westpreußen.

Aus Nr. 59 des Pielgrzym vom 18. Mai.

Pfarrer Peter Nefke in Laschin beehrte, daß ihm als Leiter des Religionsunterrichts seitens des Kreis-Schulinspektors der Plan des katholischen Religionsunterrichts und zugleich die Stunden angegeben würden, wann derselbe erteilt wird, um die Leitung thatsächlich ausführen zu können. Das versagte ihm der Kreis-Schulinspektor. Der ehrenwerthe Pfarrer ging durch alle Instanzen, allein auch vom Kultusminister erhielt er den vom 21. Februar 1895 datirten Bescheid, daß hierfür kein hinreichender Grund vorhanden sei.

Aus Nr. 113 des Kurier Poznański vom 17. Mai.

Gleichberichtigung.

Die Gemeinde Bruchnowo im Kreise Thorn ist fast rein katholisch. Die Schule besuchen 199 katholische und nur 9 protestantische Schüler, von denen vier einem nur vorübergehend auf dem benachbarten Vorwerk Rowros beschäftigten, evangelischen Arbeiter angehören. Dessenungeachtet war der seit Einrichtung der zweiten Stelle hier amtierende II. Lehrer ein Evangelischer. Alle Bemühungen der Gemeinde um Anstellung eines zweiten katholischen Lehrers blieben erfolglos. Da gegenwärtig der evangelische Lehrer sich hat versetzen lassen und die Stelle frei ist, will die Gemeinde eine Bittschrift an den Minister einreichen zwecks Anstellung eines Katholiken als zweiten Lehrer.

Aus Nr. 20 des Warmiak vom 17. Mai.

Der Warmiak knüpft an das seitens der Regierung zu Königsberg an den Bischof von Ermland auf dessen Gesuch vom Jahre 1888 (1889?) um Einführung des polnischen Sprachunterrichts gerichtete Antwortschreiben folgende Bemerkungen:

So lautet das Schreiben der Regierung. Das Zugeständniß ist der verschiedenen Vorbehalte wegen nicht groß. In jedem Falle ist dies etwas. Es folgt daraus, daß

1. der Hochw. Herr Bischof von Ermland sich am 7. Februar um polnischen Leseunterricht bei der Regierung verwandt, daß

2. die Regierung infolgedessen unterm 11. April 1889 eine bezw. eine halbe Stunde wöchentlichen polnischen Unterricht für Polnisch-Ermland zugestanden hat.

Weshalb wird diese Regierungsverfügung nicht in Ausführung gebracht?

Ein gewisser Kreis-Schulinspektor, der nicht mehr in Ermland beamtet ist, sagte einem seiner Lehrer, diese Verfügung beziehe sich nur auf Masurien und man solle den polnischen Leseunterricht unmerklich beseitigen.

Sind denn die Ermländer nicht ebenfogute Unterthanen als die Masuren? Weshalb schließt man erstere von dem geringen Zugeständniß aus, möglicher Weise nur deshalb, weil sie Katholiken sind? Uebrigens geht aus der Antwort der Regierung an den Hochw. Herrn Bischof deutlich hervor, daß darin von den Schulinspektoren in Allenstein und Warthenberg die Rede ist.

Man hat schon in Volksversammlungen die Anwendung dieser Verfügung gefordert; ferner haben die Pfarrer in der Konferenz nach dieser Richtung hin Schritte gethan, doch ohne Erfolg. Man hört, daß in den Schulen der Pfarhie Bischofsburg polnisch lesen gelehrt wird, doch wissen wir nicht, ob dies wahr ist.

In jedem Falle müßten diese Schritte erneuert werden und wir bitten unsere geehrten Abgeordneten, die Regierung zu fragen, weshalb sie die katholischen Ermländer anders behandelt, als die protestantischen, in derselben Provinz wohnhaften Masuren?

Von den verschiedenen Vorbehalten der Regierungsverfügung heben wir noch zwei Punkte hervor: Die Regierung schreibt vor, es solle wöchentlich eine halbe, höchstens eine ganze Stunde polnischer Leseunterricht stattfinden. Weshalb schreibt sie nicht wenigstens eine Stunde für diesen wichtigen Gegenstand vor; weshalb ist sie in anderen Gegenständen nicht so karg, besonders, weil die dem eigenen Gutmüthen der Lehrer hinsichtlich der Zeit überlassene Entscheidung den Unterricht schädigen muß?

Der zweite Punkt ist der, daß der Unterricht unter Zugrundelegung des Andachtsbuchs stattfinden soll. Darin gerade liegt der Haken, und ist derselbe, wie wir annehmen, nicht mit Verbedacht angebracht.

Als der Unterricht noch stattfand, brachte ein Kind dies, das andere jenes Gebetbuch mit. Der Lehrer konnte natürlich nicht fertig werden, und der polnische Unterricht ward ihm zur Last. In Masurien ist auf Anordnung der Regierung ein besonderes Lesebuch herausgegeben worden, obgleich die Eltern der Kinder daselbst gleichlautende Bibeln haben. Weshalb ist es in Ermland anders? Weshalb hat bei uns die Regierung kein entsprechendes Elementarbuch vorgeschrieben?

Wir haben gesehen, daß die Regierung fest auf ihrem System besteht; möge sie jedoch wenigstens ihre eigene Verfügung ausführen lassen.

Möge man also im Interesse der polnischen Bevölkerung Ermlands nachdrücklichst darnach streben, daß die Verfügung der Königl. Regierung vom

11. April 1889 in Ausführung gebracht und der polnische Leseunterricht in der Oberabtheilung eine Stunde wöchentlich unter Zugrundelegung eines hierzu vorzuschreibenden Handbuchs abgehalten werde.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 58 des „Katolik“
vom 16. Mai 1895:

Deutsche Aussagen vor Gericht.

Zu dem Artikel des „Katolik“ in Betreff der verehelichten F. aus Rydoltow schweigt bis jetzt das amtliche Blatt des Herrn v. Köller. Es ist anzunehmen, daß derselbe gründliche Nachfrage halten läßt.

Der „Katolik“ hat indeß eine Nachricht von zwei neuen ähnlichen Ereignissen wiederum aus Rybnik erhalten. Dieselbe lautet folgendermaßen: „Am 10. April waren wir, ich (Franz D.) mit meinem Bruder Leopold, als Zeugen nach Rybnik vorgeladen. Als wir am festgesetzten Tage vor Gericht erschienen, wurde ich (Franz) zuerst vor den Richter gerufen. Dieser fing mit mir deutsch zu sprechen an; ich verstand jedoch auch nicht das zehnte Wort und erklärte, daß ich des Deutschen nicht mächtig sei und nur sehr wenig davon verstehe. Der Richter schrie mich hierauf an, und aus seinen Worten glaubte ich zu entnehmen, daß er mir deshalb Vorwürfe machte, weil ich aus Eigensinn nicht sprechen wolle. Ich blieb jedoch bei meiner Erklärung, nicht des Deutschen mächtig zu sein. Aus Scham und zur Vermeidung weiterer Unannehmlichkeiten bejahte ich schließlich Alles, was er mich fragte, doch ich verstand kaum die Hälfte der Fragen. Ich war froh, als ich das Gerichtszimmer verließ und, auf dem Hofe angelangt, dachte ich bei mir, daß ich solche Aussagen doch niemals beenden könnte.

Demnächst wurde mein Bruder Leopold hereingerufen, mit welchem der Richter noch schlimmer umging, wie mit mir, da er ebenfalls des Deutschen nicht mächtig war. Aus den Worten des Richters, wie z. B. „vier und zwanzig Stunden“ und „Schule“ folgerte mein Bruder, daß er ihm mit einer 24stündigen Haftstrafe drohe und sich dabei auf die Schule berufe. Aus Angst bejahte dann auch mein Bruder Alles, doch behauptet er, daß er seine Aussagen niemals mit dem Eide bekräftigen könnte.“ Wir bringen diese Sache zur Kenntnißnahme des Herrn Justizministers.

Aus Nr. 58 des „Katolik“
vom 16. Mai 1895:

Polnische Schulen.

Anläßlich der bevorstehenden Eröffnung eines polnischen Gymnasiums in Teschen (in Oesterreich-Schlesien) bemerkt der „Katolik“ u. A. Folgendes: „Wir hier in Preussisch-Schlesien können nicht polnische Schulen gründen, denn die polnische Sprache hat man sogar in den staatlichen Schulen beseitigt. Die Regierung kann die polnische Sprache nicht leiden und wünscht, daß unsere Kinder Deutsche und Preußen werden. Es ist daher unsere heilige Pflicht, daß wir uns zu Hause ihrer annehmen. Hier möge die polnische Schule sein, welche die Regierung nicht verbieten darf, denn das Haus, d. h. die Familie, gehört ausschließlich den Eltern. Vertheidigen wir aber außerdem unsere Sprache auch außerhalb des Hauses und überall dort, wo wir dieselbe in Schutz zu nehmen berechtigt sind. Um so größer wird unser Verdienst sein, wenn wir auch ohne ein polnisches Gymnasium unsere Sprache retten.“

Aus Nr. 21 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 21. Mai 1895:

Kattowitz.

Wenn die Regierung den Arbeitern einen Gefallen thun will, so möge sie nicht selbst ihnen Wohnungen bauen, sondern ihnen Beihilfen geben, damit die Arbeiter bauen und Hauseigentümer werden; möge sie Bauprämien oder billige Darlehen gewähren. Jeder ordentliche Arbeiter hat das Verlangen, irgend etwas Eigenes, ein Haus, ein Grundstück u. s. w. zu besitzen. Zu diesem Zweck spart er, so viel er nur kann. Sobald die Regierung sagt, „wer so und so viel gespart hat, der möge bauen, der bekommt von mir eine Unterstützung,“ wird es an Unternehmungslustigen nicht fehlen. Die Regierung wird dadurch die Sparsamkeit, Nüchternheit, Wirthschaftlichkeit und Arbeitsamkeit fördern. Jeder wird wissen, daß er, wenn er sparsam, nüchtern und arbeitsam ist, leichter in den Besitz eines eigenen Hauses gelangen wird, als dies bis jetzt der Fall war. Alle Arbeitgeber müßten dafür sorgen, daß möglichst viele Arbeiter Eigentümer eines Häuschens oder eines kleinen Grundstücks werden und zwar aus dem Grunde, weil sich solche Arbeiter nicht der Sozialdemokratie anschließen werden. Mir ist ein Mitarbeiter bekannt, dem es schlecht erging, er hatte Unglück, zahlreiche Familie und keine Arbeit; er machte Bekanntschaft mit Sozialisten und schloß sich ihnen an. Indes änderte sich seine Lage; er fing an, beim Geschäft zu verdienen und nach Verlauf von zwei oder drei Jahren hatte er so viel, daß er ein Haus mit dem Grundstück kaufen konnte. Es geht ihm noch schwer, weil er viel Schulden hat, doch er arbeitet mit voller Kraft. Wird er nach Sozialdemokraten gefragt, so winkt er mit der Hand und sagt: „die habe ich längst vergessen!“

Diejenigen Arbeiter, welche Haus- oder Grundstücksbesitzer sind, werden an sozialdemokratischen Bestrebungen sich nicht nur nicht betheiligen, sondern heftig gegen dieselben auftreten, denn es geht ihnen um das eigene Vermögen. Sollte nämlich ein sozialdemokratischer Staat entstehen, würden sie ihr Hab und Gut verlieren, denn in einem solchen Staate darf Alles (also auch Häuser und Grundstücke u. s. w.) nur dem Staat, der Regierung gehören. Auch aus Rücksicht darauf müßten Regierung und Arbeitgeber dafür sorgen, daß möglichst viele Arbeiter Häuser besitzen, weil dadurch der Wohlstand gehoben und der Staat und die Gemeinden viele Lasten los werden. Ein älterer Arbeiter geräth im Falle der Invalidität oder eines Unfalls oftmals mit seiner Familie in Noth und Elend, er kann die Kinder nicht gut erziehen lassen und auch nicht gehörig für sie sorgen. Sowohl er als auch die Kinder führen ein elendes Dasein, und nicht selten muß die Gemeinde sie ernähren. Der Arbeiter dagegen, welcher ein Haus besitzt, geht, wenn er auch arbeitsunfähig wird, nicht unter, denn die Bezüge aus dem Hause bilden sein Einkommen, welches zusammen mit demjenigen aus den Rassen für ihn und die Familie zum Lebensunterhalt ausreicht. Möge man die Sache betrachten, von welcher Seite man wolle, immer stellt sie sich uns in demselben Lichte dar, nämlich, daß nicht die Regierung und nicht die Arbeitgeber Häuser für Arbeiterwohnungen bauen, sondern den Arbeitern helfen sollten, daß diese Eigentümer der Häuser werden.

Aus Nr. 20 der Gazeta Robotnicza
vom 18. Mai 1895:

Unerhörte Niederlage.

Anlässlich der Ablehnung der Umsturzvorlage äußert sich die Gazeta Robotnicza am Schluß eines diesbezüglichen längeren Artikels in folgender Weise:

„Die Niederlage war für die Regierung schrecklich; diejenigen jedoch, welche am Ruder stehen, besitzen nicht so viel Ehre, um nach einer solchen Schmach zurückzutreten und das Amt Anderen zu übergeben, welche nicht im Widerspruch mit der Mehrheit des Volkes stehen. Die Gefahr ist augenblicklich beseitigt, wer weiß jedoch, ob nicht die Geschändeten einen neuen Angriff gegen die Freiheit des Volkes unternehmen und ihm die Fesseln eines Ausnahmegesetzes werden auflegen wollen. Wir sind jedoch überzeugt, daß diejenigen, welche ein solches Gesetz einbringen würden, sich nicht nur die Köpfe einrennen, sondern auch den Hals brechen würden. Uns Sozialdemokraten können Ausnahmegeetze nicht mehr schaden, dieselben würden nur zu einer um so schnelleren Zersetzung und Vernichtung der jetzigen gesellschaftlichen Unordnung beitragen und den ichtlichen Triumph des Sozialismus beschleunigen.“

Die Maisfeier.

Aus Königshütte.

Ich will den Genossen zweierlei Nachrichten, eine traurige und eine fröhliche bringen. Eine traurige, weil wir den 1. Mai nicht haben feiern können, denn bei uns giebt es noch zu wenig zielbewußte Arbeiter, und die Kapitalisten würden uns aus der Arbeit entlassen; eine fröhliche dagegen, weil wir die Maisfeier dennoch am Sonntag begingen. Wir versammelten uns aus der ganzen Umgegend auf dem Redin-Berge, doch dort hatten bereits die Junker ihr Vergnügen und nahmen 25 Pfg. Eintrittsgeld. Wir begaben uns daher in den Garten des Herrn R. in Chorzew, doch schon nach 15 Minuten erschien die Pickelhaube und beobachtete uns wie die Hunde. Wir achteten jedoch wenig darauf und vergnügten uns mit unseren Familien, wie dies einer zielbewußten Arbeiterklasse geziemt. Es fehlten auch nicht Worte der Aufmunterung zur

ausdauernden Arbeit auf politischem Gebiete, um uns aus der Gefangenschaft des Kapitals loszumachen. Die Himmelsstimmen, welche wir dort hörten, waren folgende: „Brüder Arbeiter! Reichen wir uns die Hände, vereinigen wir uns zu einer Arbeiterfamilie. Wir bilden nämlich einen Trieb des großen Stammes, welchen das zielbewußte Proletariat der ganzen Welt vorstellt. Als Sprosse befinden wir uns in Schlesien in einem Urwalde, dessen morsche Zweige uns das Licht raubten, ohne welches es kein Leben giebt. Seit drei Jahren erst blüht es bei uns und die Schläge, in Gestalt der Gazeta Robotnicza, trafen die faulen Stämme, welche auseinander zu fallen und zu verschwinden begannen. Von der Zeit ab wird unser Trieb von den Sonnenstrahlen erwärmt und von einem Mailüftchen umweht, in Folge dessen er wächst und an Kraft zunimmt. Doch wie der Gärtner das Bäumchen vor dem Verderben schützt, wilde Triebe abschneidet, ihm Stützen giebt und es anbindet, damit es feststeht, so müßten auch wir uns unter dem Lösungsworte des Sozialismus verbinden, welcher einzig und allein uns die ewige Freiheit verschaffen wird.“

Die zweite Rede hatte etwa folgenden Wortlaut: „Brüder! Die lieben Bienen mögen uns als Beispiel dienen, auch sie lassen die Drohnen leben, doch nur während des Sommers, wenn sie im Ueberfluß leben. Im Winter könnten sie dem Hunger ausgesetzt sein, und deshalb suchen sie die Faulenzer loszuwerden. Bei uns herrscht schon lange Hunger und Elend, doch wir arbeiten, anstatt für uns und unsere Familien, für die Drohnen. Sehen wir uns die wilden Thiere an; ein Wolf oder ein Löwe sorgt nicht für die Nahrung des andern Wolfes oder Löwen, jeder muß selbst auf den Fang ausgehen. Wir Menschen aber, die wir Verstand haben, schleppen dickwanstigen Schmarotzern und Faulenzern den Fraß zusammen, uns selbst aber stehen die Rippen wie Hartenzähne hervor.“

Nach diesen Reden wurden sozialistische Lieder gesungen. Um 7 Uhr Abends stellten wir uns zu Zweien in Reih und Glied auf und marschirten, 560 Mann hoch, nach Wenzlowitz, woselbst wir bei Herrn Bankert einkehrten, uns die Zeit mit Gesang vertrieben und nach etwa einer Stunde, geistig gestärkt, nach Hause zurückkehrten.